



Sie helfen beim Wohngeld Plus weiter (v. l.): Abdelghani Yassini, Mirka Kretzschmer, Gülsen Kibar und Gundula Christiansen.

SUSANNE TAMM

Wohngeld Plus: Viele haben Anspruch

Reinbek rechnet mit Antragsverdoppelung. 1,8 Millionen Euro Kosten tragen Bund und Land

Susanne Tamm

Reinbek. Die Stadt ist vorbereitet: Auf dem Reinbeker Bürgeramt rechnet man damit, dass die Zahl der Empfänger von Wohngeld von 230 auf 470 steigen wird. Um die Antragsflut zu bewältigen, hatte Reinbek rechtzeitig zwei neue Stellen ausgeschrieben, die mit Mirka Kretzschmer und Abdelghani Yassini auch besetzt werden konnten. „Bisher sind noch keine neuen Anträge gestellt worden“, bedauert Torsten Christ, Fachbereichsleiter des Amtes für Bürgerangelegenheiten. „Denn es hat sich noch nicht herumgesprochen, dass es sich jetzt für mehr Menschen lohnt, einen Antrag auf Wohngeld zu stellen. Deshalb möchte ich die Reinbeker ermutigen, Geld zu beantragen, auf das sie einen Anspruch haben.“

Hintergrund ist, dass ab 1. Januar 2023 die Wohngeld Plus-Reform der Bundesregierung greift. Dann soll der Mietzuschuss von jetzt durchschnittlich 180 Euro auf 370 Euro pro Monat steigen. Auch die Bundesregierung schätzt, dass die Zahl der Antragsteller von 600.000 bundesweit auf etwa zwei Millionen

Haushalte klettern wird. Mit einer dauerhaften Heizkomponente will sie zudem dafür sorgen, dass die Menschen mit den steigenden Heizkosten zurechtkommen. Reinbek hat bisher 150.000 Euro pro Monat an Wohngeld ausgezahlt. Jetzt rechnet Reinbek mit 1,8 Millionen Euro pro Jahr, die dann allerdings der Bund und das Land Schleswig-Holstein übernehmen.

Zuschuss für Haushalte knapp über der Grundsicherungsgrenze „Wohngeld ist keine Sozialhilfe“, betont Torsten Christ. Es habe nichts mit Hartz IV zu tun. Die Antragsteller seien meist Aufstocker aus dem Jobcenter. Haushalte, deren Einkommen knapp über der Grundsicherungsgrenze liegt. Die Menschen haben einen Arbeitsplatz, verdienen aber zu wenig, um ihre Miete allein aufzubringen. „Die Menschen haben Anspruch auf diese Leistung, müssen aber etwas dafür tun: einen Antrag stellen“, sagt der Fachbereichsleiter für Bürgerangelegenheiten.

Auch die Reinbekerinnen und Reinbeker, die bereits Wohngeld erhalten, kommen in den Genuss der



Ich möchte die Reinbeker ermutigen, Geld zu beantragen, auf das sie einen Anspruch haben.

Torsten Christ, Fachbereichsleiter
Amt für Bürgerangelegenheiten

Verdoppelung. Ihr Zuschuss verdoppelt sich automatisch, dafür müssen sie nichts tun. Der Anspruch auf den Miet- und Heizkostenzuschuss errechnet sich aus vier Faktoren: dem Einkommen, der Höhe der Miete, der Zahl der Personen eines Haushaltes sowie der Mietstufe des Wohnortes. Die Stadt Reinbek hat auf ihrer Homepage jetzt den Wohngeldrechner des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB)

installiert, mit dem die Bürgerinnen und Bürger ganz einfach ermitteln können, ob sie einen Anspruch auf Wohngeld haben (www.reinbek.de/energie-sparen-stadt-reinbek-informiert).

Außerdem sei die Mietstufe Reinbeks gerade auf sechs erhöht worden, berichtet Torsten Christ. Das heißt für Menschen, die einen Antrag stellen wollen, dass auch offiziell anerkannt worden ist, dass Wohnen in Reinbek teurer geworden sind. Die Mietstufe ermittelt das Ministerium auf Basis statistischer Zahlen, aus den Anträgen. Dadurch steigt auch die Chance der Antragsteller auf eine Bewilligung des Wohngeldes Plus.

Auch den Antrag können Interessierte in Reinbek direkt online über die Homepage der Stadt stellen. Dafür nötige Dokumente können in den Formaten jpg oder pdf hochgeladen werden. Wer keinen Online-Zugang hat, kann den Antrag aber auch per Post erhalten und auf Papier ausfüllen. Bei Fragen helfen das zuständige Team aus Abdelghani Yassini, Mirka Kretzschmer, Gülsen Kibar und Gundula Christiansen gern weiter.